

Peter Hartmann

Irrungen und Wirrungen der rot-grünen Regierung

*Hans-Peter Schwarz:
Republik ohne Kompass.
Anmerkungen zur
deutschen Außenpolitik.
Propyläen Verlag,
Berlin 2005, 352 Seiten,
20,00 Euro.*

In seinem brillant geschriebenen Essay nimmt Hans-Peter Schwarz die europäische und internationale Entwicklung der letzten Jahre in den Blick, um zugleich eine Reihe „unkorrektur“ Fragen an die Adresse der früheren Bundesregierung zu stellen. Sein Befund, dass in der Regierungszeit von Schröder und Fischer deutsche Außenpolitik weitgehend ohne „Kompass“, sprich ohne Orientierung, gemacht worden sei, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Von einer Volte zur nächsten

Nun wundert es nicht, dass eine Regierung, die in der Innenpolitik eine Volte nach der anderen schlug, auch auf außen-

politischem Gebiet keine klare Linie verfolgte. Schwarz kritisiert aber nicht nur, dass bei wichtigen Entscheidungen Interessen vernachlässigt, ja mitunter gar nicht ernsthaft bedacht wurden – und dies auch bei Fragen von großer Tragweite wie einem möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

Unabhängig von den Besonderheiten rot-grüner Außenpolitik sei allerdings auch im übrigen politischen Milieu eine gewisse Scheu vorhanden, mit den eigenen nationalen Interessen so umzugehen, wie dies für die anderen europäischen Partner selbstverständlich sei. Der deutschen Politik fehle vielfach das Bewusstsein für die eigene „Staatsräson“, und folglich tue sie sich auch schwer, die eigenen Interessen zu definieren und zur Geltung zu bringen.

Das gehe so weit, dass der frühere Außenminister Fischer öffentlich kundgetan habe, es gebe keine deutschen, sondern nur noch europäische In-

teressen. Diese Meinung dürfte allerdings nicht einmal der Koalitionspartner geteilt haben – berief sich doch der Bundeskanzler in der Irakdebatte sogar auf einen „deutschen Weg“. Immerhin – so Schwarz – sei in Deutschland inzwischen eine Debatte zum Thema „Patriotismus“ in Gang gekommen, die vielleicht dazu beitrage, die bisherigen Verkrampfungen zu lösen.

Seine These, dass die rot-grüne Bundesregierung immer wieder fahrlässig mit elementaren deutschen – und auch europäischen – Interessen umgegangen sei, untermauert Schwarz, indem er wichtige Weichenstellungen der deutschen Außenpolitik genauer unter die Lupe nimmt.

Abrupter Kurswechsel

Fall eins: der abrupte Kurswechsel gegenüber den Vereinigten Staaten im Vorfeld des Irakkrieges. Durch die vom Bundeskanzler höchstpersönlich in Gang gesetzte Auseinandersetzung mit

Washington seien nicht nur die deutsch-amerikanischen Beziehungen nachhaltig beschädigt, sondern auch ein Debakel der europäischen Politik mit herbeigeführt worden. Die ganze Debatte habe zudem als eine Art Katalysator für eine weitere Entfremdung von Amerika gewirkt. Dadurch sei gegen langfristige deutsche und europäische Interessen verstoßen worden. Zudem sei ein grundlegendes Element deutscher Außenpolitik – die Balance zwischen dem europäischen und atlantischen Bezugskreis – missachtet worden. Auch habe die pazifistisch grundierte Kritik an der amerikanischen „Hege-monialpolitik“ außer Acht gelassen, dass die Vereinigten Staaten für die Lösung zentraler internationaler Probleme unentbehrlich blieben.

„Rolle rückwärts“

Wie inkonsistent und planlos die Bundesregierung agiert habe, habe sich an der nachfolgenden „Rolle rückwärts“ zu einer transatlantischen Strategie für den erweiterten Mittleren Osten gezeigt. Die Entscheidung, sich hier zu engagieren, sei Deutschland zwar teilweise durch die Umstände und seine Verbündeten aufge nötigt worden, gleichwohl stelle sich die Frage, ob sich

Deutschland in diese Krisenzone tatsächlich und auf Dauer hineinziehen lassen sollte.

In Afghanistan beispielsweise stünden keine vitalen deutschen Interessen auf dem Spiel. Mehr noch: Die Aussicht, ein demokratisches Gemeinwesen aufzubauen, sei ebenso unwahrscheinlich wie die Erwartung, ein Bordell in ein Nonnenkloster zu verwandeln. Der Vergleich ist einprägsam, wahr ist aber auch, dass die westliche Politik verhindern musste, dass das Land erneut zum Rückzugsgebiet des internationalen Terrorismus wurde.

Europäische Grenzziehung

Einer beißenden Kritik unterzieht Schwarz den engagierten Einsatz der damaligen Bundesregierung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei – diese Operation sei zwar öffentlich als wichtiges Element der neuen Strategie für den Nahen Osten verkauft worden, tatsächlich hätten bei dieser Entscheidung aber auch innenpolitische Überlegungen eine wichtige Rolle gespielt.

Die Argumente von Schwarz gegen einen türkischen Beitritt und den damit verbundenen

Versuch, die Grenzen Europas „wie eine Ziehharmonika zu dehnen“, kann man Punkt für Punkt unterschreiben. Das gilt nicht nur für die Problematik einer weiteren und Deutschland in besonderem Maße betreffenden Zuwanderung, sondern auch für die Außenpolitik der Europäischen Union, die nach einem Beitritt, wie Schwarz zu Recht ausführt, unmittelbar von den Konflikten betroffen wäre, denen sich die Türkei in ihrer Nachbarschaft gegenüber sieht.

Gescheiterte Doppelstrategie

Im Übrigen sieht Schwarz die weitere Entwicklung der Europäischen Union eher skeptisch: Die Doppelstrategie von Vertiefung und Erweiterung sei gescheitert, und der deutschen Europapolitik sei wegen der wirtschaftlichen Schwäche unseres Landes auch nicht mehr viel zuzutrauen. Seine provozierende Frage, ob ein wirtschaftlich geschwächtes Land noch legitimiert und in der Lage sei, Europa neu zu orientieren, würde allerdings auch noch andere betreffen – zum Beispiel Frankreich.

Hierzu passt die Feststellung von Schwarz, dass die deutsch-französische Führungsrolle – Schwarz spricht sarkas-

tisch von einer „Entente fatale“ – von den anderen Partnern nicht länger akzeptiert werde. Dies mag für einige, vor allem neue Mitgliedstaaten, zutreffen. Aber auch denen müsste wie allen anderen klar sein, dass die Union erheblichen Schaden nimmt, wenn der deutsch-französische Motor ausfällt, zumal Ersatz nicht in Sicht ist.

Ein Europa *à l'anglaise*, dem Schwarz einige Betrachtungen widmet, wäre demgegenüber der Anfang vom Ende des europäischen Projektes, auch wenn die Idee eines europäischen Quasi-Bundesstaates seit langem obsolet ist. Und wie steht es mit der Gemeinsamen Außen-

und Sicherheitspolitik? Was wird aus dem ehrgeizigen Ziel einer eigenen europäischen Verteidigung? Kann Europa in der Welt von heute ernsthaft auf beides verzichten?

Das sicher nicht, aber Schwarz sieht die Entwicklung gleichwohl eher skeptisch: Angesichts einer ausufernden Erweiterung könne aus der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr viel werden, und eine autonome Verteidigung sei ohnehin eine „Chimäre“. Gleichwohl habe eine europäische Verteidigungsunion als „Spielbein“ in Ergänzung zum „Standbein“ NATO ihre Berechtigung, unter anderem weil ein neuer

Isolationismus in den Vereinigten Staaten nie ausgeschlossen werden könne.

Schwarz macht in seiner umfassenden Analyse vor allem eines deutlich: dass Deutschland es sich nicht länger leisten kann, Außenpolitik ohne verlässlichen Kompass zu machen. Eine Kurskorrektur nach den Irrungen und Wirrungen der rot-grünen Außenpolitik ist in der Tat fällig. Wie diese aussehen sollte, skizziert Schwarz am Ende seines Buches in vier Leitlinien unter den Stichworten „Atlantisches Bündnis, Europa, Weltpolitik, the economy, stupid“, die eine wertvolle Orientierungshilfe für die jetzige Bundesregierung sein könnten.

Die Augustausgabe der Politischen Meinung
wird in ihrem Schwerpunkt die

Relevanz der christlichen Soziallehre in der Gegenwart

aus politischer und kirchlicher Perspektive in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang soll auch der Praxisbezug in der Wirtschaft sowie eine kritische Betrachtung der Thematik berücksichtigt werden.

Eine weitere Rubrik wird sich mit dem außenpolitischen Auftakt der großen Koalition und einer Bestandsaufnahme der transatlantischen Beziehungen auseinandersetzen.